

# Bekanntmachung der Öffentlichen Ausschreibung

## 1. Auftraggeber

Vergabestelle	Referat ZT 6, Vergaben
Postanschrift	Platz der Republik 1
Ort	Berlin
Postleitzahl	11011
Telefonnummer	+49 30-227-33234
Telefaxnummer	+49 30-227-30374
E-Mailadresse	vergabereferat@bundestag.de
Internet-Adresse (URL)	www.bundestag.de
Bearbeitungsnummer	ZT6-1133-2013-333-18-IT3

## 2. Vergabe

a) Verfahrensart	Öffentliche Ausschreibung
b) Vertragsart	<input checked="" type="checkbox"/> Lieferleistung <input type="checkbox"/> Dienstleistung

## 3. Leistung

### a) Art und Umfang der Leistung:

Art der Leistung	Erneuerung der Konferenz- und Mediensteuerung im Ältestenratssaal
------------------	---

Menge und Umfang

Lieferung und Installation von Konferenz- und Mediensteuerung sowie Medientechnik für den Ältestenratssaal des Deutschen Bundestages.

Der Funktionsumfang des Ist-Zustandes muss mindestens erhalten bleiben.

Folgende für einen Festeinbau vorgesehenen Komponenten sind zu liefern:

- Digitaler Signalprozessor,
- Mediensteuerung Zentral,
- Mediensteuerung Touchpanel,
- TV Tuner,
- Rack,
- Kabel und Zusatzmaterial.

**b) CPV-Nr**

Hauptgegenstand

.....

**c) Unterteilung in Lose:**

Vergabe in Losen

- Ja
- Nein

**d) Lieferort**

Deutscher Bundestag  
Reichstagsgebäude  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**e) Lieferfrist:**

Beginn 14.04.2014

Ende 05.05.2014

Bemerkung zur Lieferfrist Die Leistung muss im o. g. Zeitraum erbracht werden.

**4. Vergabeunterlagen**

**a) Anforderung der Unterlagen:**

siehe Auftraggeber

Ggf. Anforderung digitaler Vergabeunterlagen unter .....

b) Frist 13.01.2014

**c) Schutzgebühr**

Die Unterlagen sind kostenpflichtig:  Ja  Nein

**5. Angebote**

a) Angebotsfrist 13.01.2014 12:00

**b) Anschrift**

Siehe Auftraggeber

c) Sprache: Deutsch (gilt auch für Rückfragen im Schriftverkehr)

**6. Kautionen und Sicherheiten**

.....  
.....  
.....

**7. Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen:**

Leistungsbeschreibung mit Preisangaben, Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B) in der bei Angebotsabgabe gültigen Fassung

**8. Rechtsform, die die Bietergemeinschaft bei der Auftragserteilung einnehmen muss:**

gesamtschuldnerisch haftend

**9. Mindestbedingungen (Unterlagen zur Beurteilung der Eignung des Bewerbers):**

a)

b)

c)

Nachweise, die auf Verlangen der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung vorzulegen sind:

- Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 1.000.000 Euro für Personen- und Sachschäden).  
Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen.

Nachweise, die von der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung direkt eingeholt werden:

- Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz:

Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

## Sonstige Erklärungen zur Eignung

Nachweise, die mit dem Angebot vorzulegen sind:

- Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die nachfolgend genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden.
- Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.
- Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht.
- Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern erklärt der Bieter dies mit seiner Unterschrift auch für den/die Unterauftragnehmer.
- Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS".
- Eigenerklärung über den Umsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre im auftragsrelevanten Bereich (Erneuerung von Konferenz- und Mediensteuerung). Es wird ein durchschnittlicher Jahresumsatz (2010 - 2012) in Höhe von mindestens 120.000 Euro erwartet. Die Unterschreitung der Mindestanforderung führt zur Nichtberücksichtigung des Angebotes.
- Angabe von drei vergleichbaren Leistungen über die Erneuerung von Konferenz- und Medientechnik in den letzten drei Jahren (2010 - 2012). Bei Angabe von mehr als drei Referenzen werden nur die ersten drei Referenzen berücksichtigt. Sie werden anhand der Kontaktdaten überprüft. Es müssen mindestens zwei verschiedene Auftraggeber benannt werden. Referenzen von mit dem Bieter verbundenen Unternehmen werden nicht akzeptiert.
- Eigenerklärung über die Mitgliedschaft in einer berufsständischen oder fachlichen Vereinigung oder über Maßnahmen, die auf eine vergleichbare Qualitätsorientierung schließen lassen.
- Eigenerklärung über die Dauer der Tätigkeit im auftragsrelevanten Bereich (Erneuerung von Konferenz- und Medientechnik); diese muss mindestens bei drei Jahren liegen.
- Vorlage aussagekräftiger, deutschsprachiger Datenblätter des Herstellers zur technischen und funktionalen Beschreibung der Konferenz- und Mediensteuerung.
- Vorlage eines schlüssigen und nachvollziehbaren technischen Grobkonzepts. Das Konzept muss eine aussagekräftige schematische Darstellung der geplanten Gesamtanlage mit Neugeräten und Integration der Altgeräte sowie deren Anbindungen untereinander enthalten. Ferner muss das Grobkonzept einen nachvollziehbaren Terminplan für die einzelnen Arbeitsschritte unter Beachtung des Sitzungsplanes, eine schematische Funktionsbeschreibung der neuen Gesamtanlage sowie einen Schrankplan beinhalten. Das Grobkonzept wird nur auf Reali-

sierbarkeit geprüft.

- Vorlage eines Qualitätssicherungskonzepts für die Leistungserbringung, welches eine ausführliche, überzeugende und nachvollziehbare Darstellung aller organisatorischen Maßnahmen beinhaltet.

- Nachweis über die Teilnahme des Bieters an der Ortsbesichtigung.

## 10. Zuschlagsfrist/Bindefrist:

Ablauf der Bindefrist

28.02.2014

Falls bis zum Ablauf dieser Frist kein Auftrag erteilt ist, können die Bieter davon ausgehen, dass ihr Angebot nicht berücksichtigt wurde.

## 11. Zuschlagskriterien

Niedrigster Preis

## 12. Nebenangebote und Änderungsvorschläge

Nebenangebote sind zugelassen:

Ja

Nein

## 13 Sonstige Angaben

Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis zum 06.01.2014 gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.

Es findet nach Aufforderung durch die AG eine kostenlose Teststellung in den Räumen des Deutschen Bundestags für die Dauer von max. 8 Werktagen statt. Die Aufforderung hierzu erfolgt spätestens 8 Werktage nach Ablauf der Angebotsfrist. Die nach Eingang der Angebote zu liefernde Teststellung umfasst den Digitalen Signalprozessor (DSP) in Verbindung mit der Mediensteuerung und hat spätestens 14 Werktage nach Aufforderung zu beginnen.

Eine Ortsbesichtigung ist zwingende Voraussetzung für die Angebotsabgabe. Nach Versendung der Angebotsunterlagen bekundet der Bieter schriftlich sein Interesse an diesem Ortstermin. Ein Termin ist einvernehmlich zu finden.

